Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatl. M. 5000 und Bestellgebühren; Ausland M. 15000 mit Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höhere Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8. (Fernsprecher Ortsgespräche Sammel-Nr.: 70811, Ferngespräche 17092-17092); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- u. Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: Für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Einsp. 24 mm dr. mm-Zeile M. 225, ausw. Inserent M. 400. Sonderpreise: Familienanz. v. Priv. mm-Zeile M. 75, Gelegenheitsanz. (Priv. Markt) u. Stellenangeb. mm-Zeile M. 100. Stellengef. mm-Zeile M. 85, amtl. Bekanntm. Doppelmm-Zeile M. 450, ausw. M. 800. Reff. 72 mm br. mm-Zeile M. 1100, ausw. M. 1700. Auslandsanz. m. Valutaaufschl. Bei Wiederh. Nachlaß. Platz- u. Datenvorsch. unverbindl. Erfüll.-Ort Leipzig. Postscheck: Leipz. 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 141 — Einzelnummer 500 Mark — Sonnabend, den 16. Juni 1923 — Fern-Ausgabe — 117. Jahrg.

Die belgische Krise

Zz. Leipzig, 15. Juni.

Der belgische König hat die Demission des Kabinetts Theunis angenommen. Selbst gut informierte, politische Kreise in Brüssel und Paris scheinen an diese Möglichkeit nicht geglaubt zu haben. Offenbar bestand die Meinung, daß Theunis Rücktrittsgesuch ein Theatercoup nach dem Vorbild Poincarés war. Um so mehr muß die glatte Annahme der Demission durch den König überraschen. Wenn auch in Deutschland an diese belgische Ministerkrise keine übertriebenen Hoffnungen geknüpft werden dürfen, zumal ja der erneute Auftrag des Königs an Theunis, das neue Kabinett zu bilden, auf die unzweifelhafte Absicht hindeutet, in dem außenpolitischen Kurs Belgiens keine Aenderung eintreten zu lassen, so wirft die plötzliche Krise dennoch ein grelles Schlaglicht auf die scheinbar sehr schwierigen innerpolitischen Verhältnisse in Belgien. Schon seit Jahren besteht in Belgien zwischen Sozialisten und Flamen auf der einen, Katholiken und Wallonen auf der anderen Seite eine Spannung, die das Land zu keiner restlosen inneren Ruhe kommen läßt. Und zwischen den beiden Gruppen schelnt die liberale Partei hin und her zu pendeln, ohne ein besonders festumgrenztes Programm, und ohne die Möglichkeit, sich geradewegs zu einer der beiden Gruppen zu schlagen. Das Kabinett Delacroix fiel im November 1920 über die innerpolitischen und wirtschaftspolitischen Gegensätze, die zwischen seinen klerikalen und sozialistisch-liberalen Mitgliedern bestanden. Das folgende Kabinett Carton de Wiart fiel infolge der tiefliegenden prinzipiellen Gegensätze, die zwischen seinem nationalistischen, ganz im Fahrwasser der Action Française steuernden Kriegsminister Devèze und seinem sozialistischen Arbeitsminister Anseele bei Gelegenheit gewisser Kundgebungen zutage traten. Und auch das Kabinett Theunis, das aus den Kammerwahlen im November 1921 hervorgegangen war und lediglich von Katholiken und Liberalen gebildet worden war, ist an der Opposition der Sozialisten, Flamen und Liberalen gescheitert, der es sich im Senat bei der Besprechung eines Gesetzentwurfs zur Frage der Verflämung der Genter Universität gegenübersah. Bei der Abstimmung über den von dem Senator und ehemaligen Ministerpräsidenten De Brocqueville eingebrachten Antrag scheint es zu einer Zersetzung der Regierungsmehrheit gekommen zu sein, aus der das Kabinett bereits seine Folgerungen zog, ohne ein Mißtrauensvotum abzuwarten. Nach den vorliegenden Meldungen dürfte die liberale Partei, die ja zur Regierungsmehrheit gehörte, gegen den Vorschlag gestimmt haben, so daß nicht nur eine geschlossene Front der Sozialisten, Flamen und Liberalen gegen die Regierung stand, sondern vor allen Dingen auch das Verbleiben der liberalen Minister im Kabinett unmöglich wurde.

Wenn aber auch lediglich innerpolitische Gründe den Sturz des Kabinetts Theunis herbeigeführt haben, so darf man doch nicht verkennen, daß alle diese innerpolitischen Gegensätze sich stark in der außenpolitischen Lage Belgiens, besonders im Hinblick auf das französisch-belgische Zusammengehen wiederspiegeln. Es sei hierbei an die Erklärungen erinnert, die der sozialistische Justizminister Vandervelde des Kabinetts Carton de Wiart im August 1921 in Genf einem Vertreter des Echo de Paris gegenüber abgab. Er sagte damals, daß er im Einverständnis mit der belgischen Arbeiterpartei jeder Allianz feindlich gesinnt sei, die Belgien niederdrückende militärische Lasten auferlege und damit nur die imperialistische und nationalistische Politik begünstigen könne und der Wiederherstellung des wirklichen Friedens in Europa Hindernisse bereite. Zur gleichen Zeit erklärte damals der bekannte belgische Arbeiterführer Camille Huysmans, Frankreich sei in diesem Augenblick zu reaktionär, als daß es wünschenswert erscheine, daß das sozialistische und demokratische Belgien sich mit ihm verbünde; außerdem wolle er nicht, daß sein Land dem linken Flügel der Armee des Marschalls Foch als Glacis diene.

Die unverkennbaren, wenn auch sehr vorsichtigen Bemühungen des bisherigen, belgischen Ministerpräsidenten Theunis und vor allem seines Außenministers Jaspar, der Belgiens außenpolitische Geschicke nun schon fast drei Jahre ununterbrochen leitet, in Paris an Boden zu gewinnen und eine Klärung der Ziele des Ruhrabenteuers zu erreichen, waren zweifellos sehr stark beeinflußt durch die immer schärfer werdende Kritik, die die französisch-belgische Zusammenarbeit namentlich bei den belgischen Sozialisten auslöste. Und man darf auch wohl sagen, daß die wachsende Unzufriedenheit im Lande, die Erkenntnis der völligen Aussichtslosigkeit einer Besserung der Lage, solange Belgien im französischen Kurs steuert, indirekt ein wenig auf diesen Sturz eingewirkt haben können. Belgien hat sich während des Krieges für Frankreich und England geopfert. Belgien ist heute die Stimme im Chor der Ententestaaten, um die von zwei Seiten geworben wird, sowohl von England, wie auch von Frankreich. — Bedeutungsvoll im Hinblick auf die Gesamtentwicklung des Reparationsproblems ist also diese Ministerkrise immerhin, denn wenn auch Theunis mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird, wird man doch schon an der Auswahl seiner Mitarbeiter erkennen können, welchen Kurs Belgien in der Reparationsfrage einschlagen wird, den von London, oder den von Paris bestimmten.

Der Rücktritt genehmigt

Paris ist unangenehm berührt

Brüssel, 15. Juni. (Eig. Tel.) Entgegen den vorherigen Mutmaßungen hat der König das Rücktrittsgesuch des Kabinetts angenommen. Indessen ist es wahrscheinlich, daß der König heute Theunis bitten werde, das Kabinett neu zu bilden.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Rücktritt des belgischen Kabinetts dort tiefen Eindruck gemacht. Es werde betont, daß die politische Krisis in Brüssel eine weitreichende Wirkung auf die Reparationsfrage haben müsse. Man sei der Ansicht, daß, wenn der Außenminister Jaspar Ministerpräsident werden sollte, eine Aenderung in der belgischen Politik stattfinden müsse. Dieser Wechsel würde die Wirkung haben, daß Belgien dem britischen Standpunkt nähergebracht würde. Es sei bekannt, daß die Ansichten Theunis' und Jaspars in der letzten Zeit nicht übereingestimmt hätten.

Englische Rückfragen in Berlin

London, 15. Juni. (Eig. Tel.) In unterrichteten politischen Kreisen verlautete gestern abend, daß die englische Regierung in weniger offizieller Form als in der wegen des nach Paris gesandten Fragebogens versuchen werde, von der deutschen Regierung einige ergänzende Angaben zur deutschen Denkschrift zu erhalten, um festzustellen, welche Konzessionen die deutsche Regierung für die Preisgabe des passiven Widerstandes, soweit er auf amtlichen Maßnahmen beruht, glaube fordern zu müssen.

Die englische Arbeiterpartei hat gestern in einer Fraktionssitzung zur deutschen Denkschrift Stellung genommen. In einer Entschließung erklärt die Partei, sie sei der erneuten Ueberzeugung, daß das neueste Angebot der deutschen Regierung eine feste Grundlage für Verhandlungen darstelle. Sie legt der Regierung nahe, jedes mit Forderungen verbundene Fragen von Frankreich, Belgien und Deutschland abzulehnen, da sie einer bedingungslosen Preisgabe eines dieser Länder gleichkäme.

*

Jules Sauerwein, der für den Matin nach London gereist ist, behauptet in einem längeren Bericht, die englische Regierung habe dem deutschen Kanzler Cuno, dem sie bei der Ausarbeitung der letzten deutschen Note behilflich gewesen sei, gewisse Zusagen gemacht, die Baldwin jedoch nicht gehalten habe. Die englischen Finanzleute hätten in Ueberschätzung ihres Einflusses auf die Downing Street eine sofortige und endgültige diplomatische Intervention Englands zugesagt gehabt. Die englische Regierung hätte eine Art Ultimatum an Frankreich senden sollen, um es zu zwingen, die deutschen Vorschläge zur Verhandlungsgrundlage zu nehmen.

Das belgische und das deutsche Memorandum

London, 15. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph teilt mit, die britischen Sachverständigen befaßten sich jetzt damit, die deutschen Garantien mit den in den belgischen technischen Memoranden vorgeschlagenen zu vergleichen. Sowohl in den Fragen der Eisenbahngewinne als auch der Monopoleinkünfte beziehe sich die Differenz nur auf die äußere Form. In der Frage der industriellen Beteiligung sei die Wahl zwischen Profiten und Obligationen. Die britischen Sachverständigen ständen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die deutsche Ausfuhrabgabe in Gold oder in der Gestalt von auswärtigen Wechseln die wünschenswerteste Einnahme vom Standpunkt der Reparation ist. Zum Schluß schreibt das Blatt, der Rücktritt der belgischen Regierung komme in einem äußerst ungelegenen Augenblick und könne den Fortschritt der interalliierten Verhandlungen beträchtlich verzögern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beantragt, die Ermäßigungssätze für die Lohnsteuer ab 1. Juli um das Fünffache zu erhöhen. Danach würden für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau je 6000 M im Monat, für jedes Kind 40 000 M und als Abgeltung für Werbungskosten 50 000 M von der Steuer abzuziehen sein.

Verschärfung der Ruhrbesetzung

Die letzten Eisenbahnlinien besetzt

Berlin, 15. Juni. (Eig. Tel.) Die heute aus dem Ruhrgebiet eintreffenden Nachrichten lauten insofern recht ungünstig, als sie im allgemeinen von einer wesentlichen Verschärfung der französischen Besatzungsmaßnahmen sprechen. So sind gestern die letzten Eisenbahnen, die noch in deutscher Hand verblieben waren, von den Franzosen und den Belgiern besetzt worden. Auch andere Maßnahmen zeugen von einer Verschärfung.

In hiesigen Regierungskreisen wird vermutet, daß die neuen Maßnahmen mit den diplomatischen Verhandlungen im Zusammenhang stehen, die zwischen London und Paris im Gange sind. Man glaubt, daß Poincaré jetzt jedes Mittel anwenden wolle, um den deutschen Widerstand im Ruhrgebiet zu zermürben, noch bevor die Frage der Einstellung des passiven Widerstandes zwischen London und Paris ausgetragen ist. Auch scheint die französische Regierung die Absicht zu haben, die Verhandlungen mit England einige Zeit hinausschieben zu wollen, in der Hoffnung, inzwischen den deutschen Widerstand brechen zu können.

Anmerkung der Redaktion: Die Verschärfung des französischen Druckes im Ruhrgebiet geschah wohl auch in der perfiden Absicht, im letzten Stadium vor dem Beginn der Verhandlungen über das Aufgeben des passiven Widerstandes die Zugeständnisse für Frankreich möglichst wenig fühlbar zu machen. Offenbar will Poincaré den Druck jetzt auf ein Maximum verstärken, um den passiven Widerstand als Verhandlungsobjekt zu entwerten.

Dortmund von der Außenwelt abgeschlossen

Dortmund, 15. Juni. (Eig. Tel.) Heute morgen wurde der Dortmunder Hauptbahnhof und der Bahnhof Dortmund-Süd von den Franzosen besetzt. Der bekannte Befehl des Generals Degoutte an die deutschen Eisenbahner zur Aufnahme der Arbeit für die Regie ist überall angeschlagen. Der Grund der Besetzung ist wohl auch darin zu suchen, daß zu den heutigen Beisetzungsfeierlichkeiten für die Opfer des französischen Blutbades, irgend welcher, den Franzosen unerwünschte Zuzug von außerhalb unmöglich gemacht werden soll.

Durch die Besatzung der Dortmunder Bahnhöfe ist nicht nur Dortmund selbst, sondern das ganze Ruhrgebiet vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Die Lebensmittelversorgung wird durch diese neue Besetzung in bedenklichem Maße gestört. Auf dem letzten Dortmunder Viehmarkt, der der größte Rheinlands und Westfalens ist, war der Auftrieb bereits um die Hälfte zurückgegangen. Die Folge davon war, daß sich in Dortmund und dem ganzen Ruhrbezirk große Milchknappheit bemerkbar machte. Auf dem gestrigen Lebensmittelmarkt waren weder Butter noch Eier zu bemerken.

Ueber die in der Nähe Dortmunds gelegene Ortschaft Marten ist gestern der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden, ebenso über die ganzen Stadt- und Kreisbahnen. In Bonn ist der Straßenverkehr zwischen 8.30 Uhr abends und 5 Uhr früh verboten. Außerdem Tag und Nacht der Verkehr der Kraftwagen, Kraträdern und Fahrrädern.

Auch die Bahnhöfe Kray-Süd und Gelsenkirchen-Wattenscheid sind heute morgen von den Franzosen besetzt worden. Damit ist die Abschnürung Essens vom gesamten Eisenbahnverkehr so gut wie vollständig. Es besteht nur noch die Möglichkeit, mit der Straßenbahn nach Bochum zu fahren, und von dort die Anschlüsse der Linie Bochum—Dortmund zu erreichen. Der Postverkehr hat durch die Neubesetzung erhebliche Störungen erlitten.

Eine Fülle neuer Verbote

Köln, 15. Juni. (Eig. Tel.) Die Rheinlandkommission hat wieder mehrere neue Ordonanzen erlassen. Der verstärkte Straßenbahnverkehr soll von nun ab nicht mehr geduldet werden; vielmehr sollen die Straßenbahngesellschaften ihren Betrieb auf die Normalausdehnung des Jahres 1922 zurückführen. Dem Gemeinden soll Wiedergutmachung eines jeden Schadens auferlegt werden, der durch Sabotage oder aus einem anderen Grunde, der durch den Widerstand gegen die Ordonanzen der Oberkommission geschaffen wurde, entstanden ist. Außerdem wird der Verkehr zwischenden Beamten des besetzten Gebietes und ihren vorgesetzten Behörden im unbesetzten Gebiet auf ein möglichst geringes Maß beschränkt. Reiseerlaubnis soll nur ganz ausnahmsweise, und zwar nur in Fällen, in denenes sich um unerläßliche Besprechungen im Interesse der Bevölkerung handelt, erteilt werden.

Eine Sprengung und ihre Folgen

Offenburg, 15. Juni. In der vergangenen Nacht ist ein Schienenstrang im Bahnhof Windschläg von Unbekannten gesprengt worden. Die Detonation wurde bis Offenburg gehört. In der Frühe verhafteten die Franzosen daraufhin den Bürgermeister von Windschläg und führten ihn nach Kehl ab, entließen ihn später aber wieder. Nach einem von der französischen Besatzungsbehörde bekanntgegebenen Befehl hat der Kommandant des Brückenkopfes Kehl aus Anlaß dieser Sprengung folgende Sanktionen angeordnet: 1. Die Bürgermeister der Gemeinden Windschläg und Ebersweiler werden verhaftet. 2. Die durch die Sprengung an der Bahn entstandenen Schäden werden auf Kosten der Gemeinde Windschläg durch die Bewohner dieses Ortes selbst ausgebessert. 3. Eine Geldstrafe von 10 Millionen Mark wird der Gemeinde Windschläg, und eine Geldstrafe von 5 Millionen Mark der Gemeinde Ebersweiler auferlegt. 4. Bis auf weiteres, mindestens bis zur Bezahlung der Geldstrafen und bis zur Wiedergutmachung des Schadens darf kein Einwohner der Gemeinden Windschläg und Ebersweiler von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens seine Wohnung verlassen, und während dieser Zeit wird der Verkehr sämtlicher Beförderungsmittel (Fahrräder, Motorräder usw.) auf der Strecke Appenweier—Offenburg verboten.

Poincarés „Zugeständnisse"

Paris, 15. Juni. (Eig. Tel.) Das Echo de Paris macht nähere Angaben über diejenigen Punkte der englischen Denkschrift, auf die die französische Regierung antworten werde. Es handelt sich zunächst um den passiven Widerstand, wobei die französische Regierung auf folgende Punkte Auskunft erteilen werde:

Zurückziehung der Verordnungen und Gesetze, die die deutsche Regierung beim Einzug der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet erlassen hat,

Straffreiheit für alle Deutschen, die von deutschen Gerichten verurteilt worden sind, weil sie Entscheidungen der Interalliierten Rheinlandkommission, der französischen Gerichte und der französischen Behörden Folge geleistet haben.

Schriftliches Versprechen der deutschen Regierung, auf Vergeltungsmaßnahmen gegen Deutsche zu verzichten, die den Befehlen der Besetzungsbehörden Folge geleistet haben;

Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebs;

Befehl der deutschen Regierung, die Erlasse der Rheinlandkommission, die Urteile der Militärgerichte usw, zu befolgen;

Aufhebung des Handelsverbots mit alliierten Firmen und mit den deutschen Häusern, die den Befehlen der Alliierten gehorchten;

Befehl an die deutschen Behörden, sich ausdrücklich den alliierten Behörden unterzuordnen.

Die zweite Fragengruppe betrifft die Maßnahmen, die an dem Tage in Kraft treten sollen, an dem der deutsche Widerstand aufgehört und die die Ruhrpfänder soweit wie möglich für die Reparationen nutzbar machen sollen. Hier handelt es sich um Transaktionen in den Bonds der Reihe C; Nichtausführung der Lieferungen an Kohle, Koks usw., die Deutschland wieder zurückzunehmen hat; Erlassung der Goldzölle und der 26prozentigen Zufuhrabgabe; sofortige Organisation gewisser Pfänder, deren Ertrag auch während eines Zahlungsaufschubs eingehen soll, zum Beispiel Umbildung der französisch-belgischen Eisenbahn in eine interalliierte Gesellschaft, in der auch bestimmte Lokalbehörden sitzen sollen; entsprechende Organisation bestimmter Ruhrgruben usw.

Vor allem scheine, schreibt das Blatt weiter, das englische Kabinett Aufklärung zu wünschen, welche Form die Besetzung des Ruhrgebiets nach Aufhören des deutschen Widerstandes annehmen werde. Es werde dann die Besetzung ihren Charakter ändern und es werde nur mehr notwendig werden, überall Garnisonen zu unterhalten, wenn die Leistungen Frankreich in freier Form zugehen, doch müsse Frankreich die nötigen Mittel erhalten, um nötigenfalls die Zwangsoperationen wieder aufnehmen zu können. Vor Beginn der Verhandlungen müsse aber nach französischer Ansicht die Vorfrage an die Londoner Regierung gerichtet werden, ob es sich, falls in der Hauptsache ein Einverständnis zustande komme, bereits jetzt verpflichte, sich an Frankreichs Seite zu stellen und zu verlangen, daß der deutsche Widerstand beiderseits des Rheins eingestellt wird.